## Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 19/2147



SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Landeshaus, Postfach 7121, 24171 Kiel

An den Vorsitzenden des Bildungsausschusses Herrn Peer Knöfler Geschäftsführer des Bildungsausschusses Herrn Ole Schmidt Arbeitskreis Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Ansprechpartner: Dr. Michael Schmidt-Neke

Telefon: 0431/988-1332

E-Mail: m.schmidt-neke@spd.ltsh.de

bri-190306-bildausschuss-kosten-auszubildende-mh-msn-ja-l.docx

06.03.2019

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Herr Schmidt,

wir bitten darum, der Sitzung des Bildungsausschusses am 21. März 2019 um den folgenden Punkt zu ergänzen:

## Fahrt- und Unterbringungskosten von Auszubildenden.

Wir bitten das Bildungsministerium um einen Bericht über die finanzielle Belastung von Berufsschülerinnen und Berufsschülern, die sich in der Ausbildung zu einem sogenannten "Splitterberuf" befinden und die darauf angewiesen sind, eine berufliche Schule in einem anderen Bundesland zu besuchen.

Dies ist nicht nur mit einem erheblichen zeitlichen, sondern auch mit einem hohen finanziellen Aufwand für Benzin bzw. Bahntickets und Unterbringung verbunden, die mit den geringen Ausbildungsvergütungen nur schwer oder gar nicht abgedeckt werden können. Das Ministerium möge deshalb darüber berichten, auf welche Unterstützungen seitens des Landes, des Kreises oder des Bundes Auszubildende in dieser Situation zurückgreifen können. Auch bitten wir, dem Ausschuss die bestehenden Vereinbarungen über länderübergreifende Ausbildungen zur Kenntnis vorzulegen.

Darüber hinaus bitten wir das Bildungsministerium um eine Einschätzung, welche Veränderungen sie seitens des Landes, aber auch des Bundes und der Kreise für erforderlich und umsetzbar hält und welche Maßnahmen sie plant, um diese Auszubildenden zu unterstützen.

Wir weisen in diesem Zusammenhang auf das Urteil Az. 9 S 1906/14 vom 28. Juni 2016 des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg hin, der es für unvereinbar mit Artikel 3 Abs. 1 Grundgesetz erklärte, wenn ein Berufsschüler zum Besuch einer auswärtigen Berufsschule verpflichtet wird, ohne dass die dadurch verursachten Kosten ausgeglichen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Habersaat (Bildungspolitischer Sprecher)